

WKÖ Wirtschaftsbarometer

Kostenbelastung als Wachstumshemmnis

Winter 2024



Die Ergebnisse des aktuellen WKÖ Wirtschaftsbarometers, der größten Umfrage der gewerblichen Wirtschaft in Österreich, zeigen deutlich: Die Zukunftserwartungen der 3.200 befragten Unternehmer:innen sind von Pessimismus geprägt. Über alle Wirtschaftssektoren hinweg zeigt sich eine starke Zurückhaltung bei den Investitionen. Deshalb ist es höchste Zeit, zügig wachstumsfördernde Entlastungsmaßnahmen zu treffen.

Schwerpunkte im WKÖ Wirtschaftsbarometer (Winter 2024):

- Erwartungsindikatoren im negativen Bereich
- Auftragslage: pessimistische Einschätzungen dominieren
- Kapazitätsauslastung: zurück auf Krisenniveau
- Investitionen: Negativrekord bei Neuinvestitionen
- Preise: Löhne und Gehälter als Kostentreiber Nr. 1
- Beschäftigung: Arbeitskosten schlagen sich auf Personalstand nieder
- Fokusthema: Wachstum

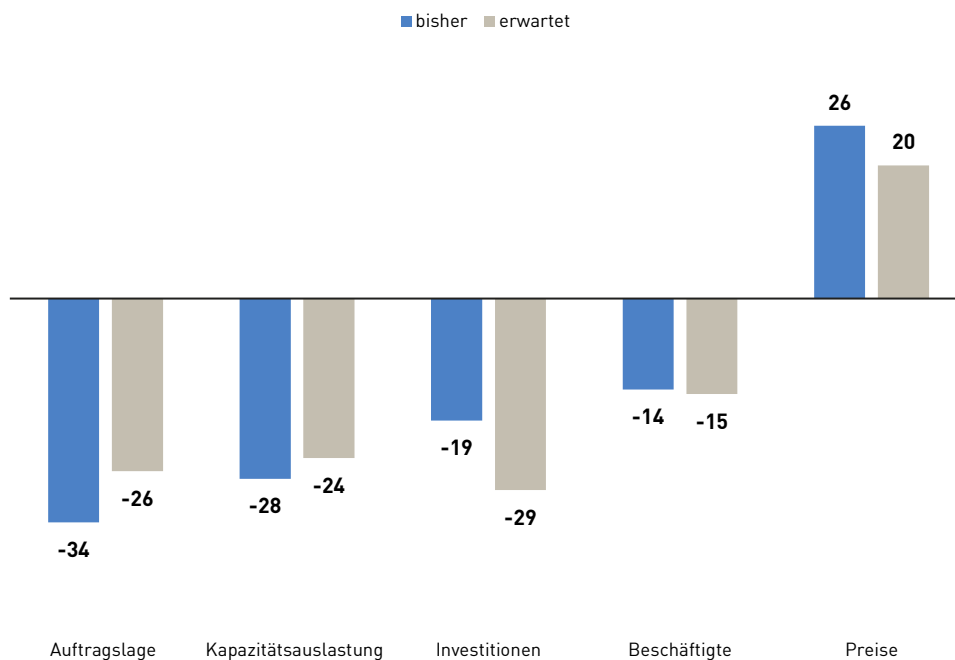
Erwartungsindikatoren im negativen Bereich

Die Geschäftserwartungen der heimischen Unternehmen bleiben weiterhin von Pessimismus geprägt. Die Erwartungsindikatoren zu Umsätzen, Auftragslage, Investitionen und Beschäftigung weisen per Saldo negative Werte auf. Damit schätzen Österreichs Unternehmen ihre Geschäftsentwicklung zum Jahresende 2024 noch pessimistischer ein als in der Sommerbefragung.

Auch für das kommende Jahr wird insgesamt eine schwächere Entwicklung im Vergleich zu den vergangenen zwölf Monaten erwartet. Zwar zeigt sich bei den Auftragseingängen eine leichte Verbesserung, dennoch bleibt der Saldo weiterhin negativ. Mit Blick auf die Beschäftigung rechnen die Unternehmen mit einer stabilen Entwicklung, die etwa dem Niveau der letzten zwölf Monate entspricht. Sorgenvoll stimmen hingegen die Erwartungen zu den künftigen Investitionen, die auf eine noch schwächere Dynamik schließen lassen, als wir sie aktuell bereits erleben. Die Hoffnungen der Befragten ruhen aktuell auf einer stabileren Preisentwicklung.

Geschäftsentwicklung: Salden aus positiven und negativen Antworten

Saldo in %-Punkten



Besonders pessimistisch sind die Erwartungen in Bezug auf die Entwicklung der Investitionen.

Anmerkung: Antworten gewichtet nach Anzahl Beschäftigter.

Für Österreichs Wirtschaft geht mit 2024 das zweite Rezessionsjahr in Folge zu Ende. Die trübe Stimmung in der heimischen Wirtschaft wird sowohl durch das internationale Umfeld – etwa durch Beeinträchtigungen im globalen Handel und geopolitische Krisen – als auch hausgemachte Wachstumsrisiken, wie Arbeitskosten, Bürokratieaufwand und dem Arbeitskräftemangel prolongiert.

Auftragslage: pessimistische Einschätzungen dominieren

Die Einschätzung der bisherigen Auftragslage zeichnet in der langfristigen Gegenüberstellung mit früheren WBA-Ergebnissen ein alarmierendes Bild. Nachdem während der Coronapandemie im Jahr 2020 die Salden auf historische Tiefstände fielen, zeichnete sich in den Jahren 2021 und 2022 eine kurzzeitige Erholung ab. Ende 2022 setzte ein erneuter

Abwärtstrend ein. Seither bewerten die Unternehmen ihre Auftragslage erneut deutlich negativer, mit Werten, die klar unter dem langfristigen Durchschnitt liegen und sich wieder dem Negativrekord aus 2020 annähern.

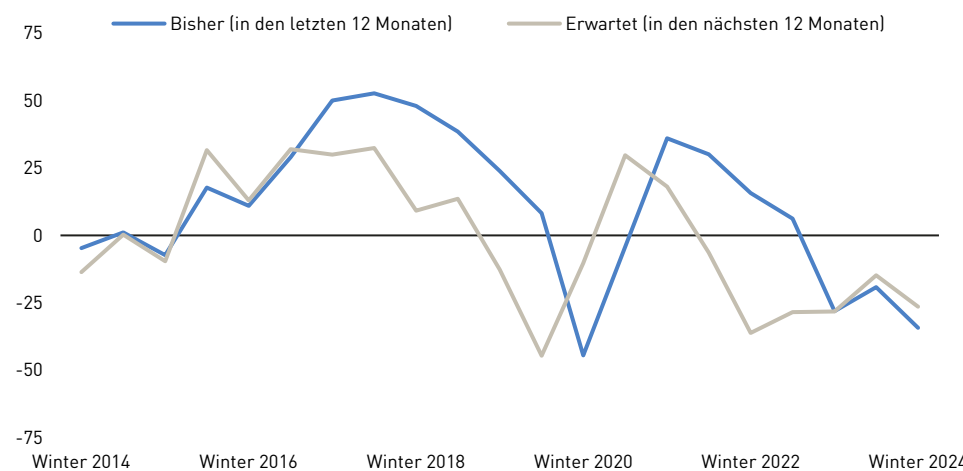
Auch der Blick auf die erwartete Auftragslage für die kommenden zwölf Monate weist aktuell einen Saldo aus, der deutlich unter dem langfristigen Durchschnitt liegt. Aktuell erwarten 44 % der heimischen Unternehmen eine stabile Auftragslage. Mit 41 % rechnet jedoch ein beinahe ebenso großer Anteil mit rückläufigen Aufträgen in den nächsten 12 Monaten.

Eine ausgeprägte Kaufzurückhaltung auf dem heimischen Markt – insbesondere bei langlebigen Konsumgütern – sowie eine sich verhalten entwickelnde Auslandsnachfrage dämpfen die Hoffnungen auf einen baldigen Anstieg der Auftragseingänge.

Nur **15 %** der Unternehmen erwarten eine Zunahme des Auftragsvolumens.

Auftragslage: Bisher und Ausblick

Saldo in %-Punkten



Anmerkung: Antworten gewichtet nach Anzahl Beschäftigter.

Die Umfrageergebnisse zur Auftragserwartung nach Sektoren fallen zwar unterschiedlich aus, zeichnen jedoch insgesamt ein verhaltenes Bild der künftigen Geschäftsentwicklung. Besonders pessimistisch zeigt sich die Stimmung in der **Bauwirtschaft**. Hier haben hohe Zinsen und die allgemeine Unsicherheit hinsichtlich der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung 2023 zu einem starken Einbruch in der Baukonjunktur geführt, der bis heute andauert. Entsprechend negativ fallen auch die Einschätzungen der Unternehmer:innen aus: So rechnen 44 % der Befragten damit, dass ihre Aufträge in den nächsten Monaten sinken werden. Gleichzeitig erwarten 43 % eine stabile Entwicklung, während nur 12 % mit einer Zunahme der Aufträge rechnen. Inwieweit sich die Stimmung künftig heben lässt, hängt sicherlich davon ab, wie schnell es den Bundesländern gelingt, das im Frühjahr 2024 vom Bund geschnürte Baukonjunkturpaket in ihre Wohnbauförderprogramme zu integrieren.

Die Bauwirtschaft blickt trotz fallendem Zinsniveau pessimistisch in die Zukunft.

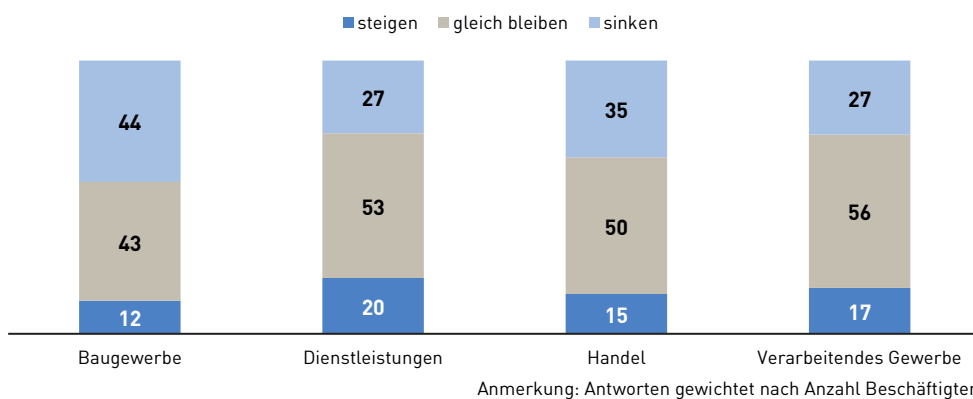
Der **Dienstleistungssektor** präsentiert sich vergleichsweise stabil. Mehr als die Hälfte der Unternehmen (53 %) erwarten, dass ihre Auftragslage gleich bleibt. Dennoch ist die Zahl der pessimistischen Einschätzungen mit 27 % höher als die der optimistischen Prognosen (20 %). Diese Ergebnisse spiegeln die Heterogenität des Dienstleistungsmarktes wider, der je nach Branche unterschiedlich von den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen betroffen ist.

Ein ähnliches Bild zeigt sich im **Handel**: 50 % der Unternehmen gehen von einer stabilen Entwicklung aus. Allerdings erwarten auch 35 % rückläufige Aufträge, während lediglich

15 % mit einem Anstieg rechnen. Die Einschätzungen der Händler:innen dürften im Wesentlichen auf die geringe Konsumbereitschaft in Österreich zurückgehen. Trotz eines kräftigen Anstiegs der Löhne in den letzten Jahren wirken hohe Zinsen und eine hohe Ausprägung des sogenannten Vorsichtssparens erwartungsdämpfend.

Im **verarbeitenden Gewerbe** sind die Aussichten besonders durchwachsen. Hier prognostizieren 56 % der Unternehmen eine gleichbleibende Auftragslage. Allerdings rechnen 27 % mit einem Rückgang, während nur 17 % von einem Zuwachs ausgehen. Die Unternehmen – allen voran die energieintensive und im internationalen Wettbewerb stehende Industrie – leiden unter einem deutlichen energie- und lohnkostenbedingten Rückgang ihrer preislichen Wettbewerbsfähigkeit. Hinzu kommen anhaltende Schwierigkeiten im internationalen Handel und neue, zum Teil stark subventionierte globale Wettbewerber.

Auftragserwartungen nach Sektoren in %



Kapazitätsauslastung: zurück auf Krisenniveau

Die krisenhafte Situation, die bereits aus der Auftragslage deutlich wurde, spiegelt sich auch in der aktuellen Kapazitätsauslastung der Unternehmen wider. Der Saldo der Einschätzungen liegt derzeit bei minus 24 und damit in einem klar negativen Bereich, was auf eine überwiegend pessimistische Stimmung der Betriebe hindeutet. Besonders besorgniserregend ist, dass aktuell 38 % der befragten Unternehmer:innen davon ausgehen, dass ihr Kapazitätsauslastungsgrad auf Jahressicht weiter zurückgehen wird. Auch hier zeigt sich das hohe Maß an Unsicherheit über die künftige wirtschaftliche Entwicklung, das sich unter den Wirtschaftstreibenden in Österreich breit macht.

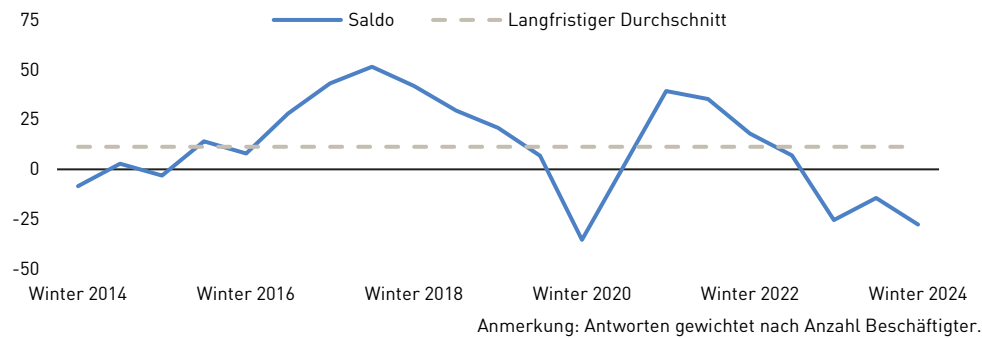
Bei der Frage nach der Kapazitätsauslastung in den letzten 12 Monaten zeigt ein Blick auf die lange Zeitreihe die Tragweite des aktuellen wirtschaftlichen Abschwungs: Während die Saldenwerte zwischen 2016 und 2018 durchwegs über dem langfristigen Durchschnitt lagen, markiert das Coronajahr 2020 einen historischen Tiefpunkt. Nach einer zwischenzeitlichen Erholung in den Jahren 2021 und 2022 zeigt sich seit Ende 2022 ein erneuter Abwärtstrend. Aktuell liegt der Saldo wieder in einem ähnlich negativen Bereich wie im Pandemiejahr und signalisiert damit in aller Deutlichkeit, dass viele Unternehmen ihre Kapazitäten zunehmend unausgelastet sehen. Die betriebswirtschaftlichen Auswirkungen von solchen Unterauslastungen sind bekannt. Dazu gehören steigende relative Fixkostenanteile, sinkende Umsätze und nicht zuletzt eine sinkende Wettbewerbsfähigkeit.

38 % der Unternehmen gehen von einer rückläufigen Kapazitätsauslastung in den nächsten 12 Monaten aus.

Die Einschätzungen zur Kapazitätsauslastung des vergangenen Jahres liegen wieder fast auf dem Pandemieniveau von 2020.

Kapazitätsauslastung in den letzten 12 Monaten

Saldo in %-Punkten



Investitionen: Negativrekord bei Neuinvestitionen

Vor dem Hintergrund der angespannten konjunkturellen Lage setzt sich die Investitionszurückhaltung weiterhin fort. Der Erwartungssaldo für das Investitionsvolumen im eigenen Betrieb liegt – wie bereits im Rahmen des Wirtschaftsbarometers vom Sommer 2024 – mit minus 29 Punkten weiterhin klar im negativen Bereich. Aktuell halten sich jene Unternehmen, die in den nächsten zwölf Monaten unveränderte Investitionsvolumina erwarten, etwa die Waage mit jenen, die ein geringeres Investitionsniveau prognostizieren. Nur 14 % gehen derzeit von einer Ausweitung ihrer Investitionen aus.

Insgesamt zeigt sich damit ein Bild hoher Vorsicht und Risikovermeidung: Die Mehrheit der Unternehmen versucht vor allem, den Bestand zu sichern und die Effizienz bestehender Strukturen zu erhöhen, statt in größerem Umfang neue Projekte oder Kapazitätserweiterungen anzugehen.

Wo dennoch investiert wird, geschieht dies überwiegend aus der Notwendigkeit heraus, bestehenden Kapazitäten aufrechtzuerhalten: 58 % der investierenden Unternehmen nennen den **Ersatzbedarf** als Hauptmotiv. Bei Großunternehmen ist diese Tendenz besonders ausgeprägt – hier begründen sogar rund 70 % ihre anstehenden Investitionen mit dem Ersatzbedarf. Das Vorgehen spricht für ein eher vorsichtiges Investitionsverhalten, bei dem keine größeren Erweiterungen, sondern vor allem der laufende Betrieb im Fokus stehen.

Auffällig ist, dass das Motiv **Rationalisierung** mit 37 % auf dem höchsten Niveau der letzten Jahre liegt. Insbesondere im verarbeitenden Gewerbe dominieren Ersatzbeschaffungen und Rationalisierungsmaßnahmen: Rund 60 % der dort investierenden Betriebe planen Rationalisierungsinvestitionen, und ähnlich viele geben an, Investitionen vor allem zur Aufrechterhaltung des laufenden Betriebs zu tätigen.

Neuinvestitionen spielen in der aktuellen konjunkturellen Phase eine deutlich geringere Rolle: Ihr Anteil ist im Vergleich zum Sommer weiter gesunken und erreicht nur noch etwa ein Fünftel aller Befragten. Betrachtet man die Größenklassen, zeigen sich mittlere Unternehmen (50 bis 249 Mitarbeiter:innen) noch am ehesten bereit, Neuinvestitionen anzugehen, während Kleinunternehmen und Ein-Personen-Unternehmen (EPU) hier besonders zurückhaltend sind. Der langfristige Trend lässt darauf schließen, dass immer weniger Unternehmen den Schritt zu echten Erweiterungs- oder Innovationsinvestitionen wagen. Diese Entwicklung weist auf unsichere wirtschaftliche Rahmenbedingungen hin, unter denen Unternehmen Zurückhaltung bei neuen Projekten und größeren strategischen Weichenstellungen üben. Besonders im Baugewerbe und in den Dienstleistungsbereichen sind Neuinvestitionen rar.

Nur **14 %** der Unternehmen planen 2025 ihre Investitionen auszuweiten

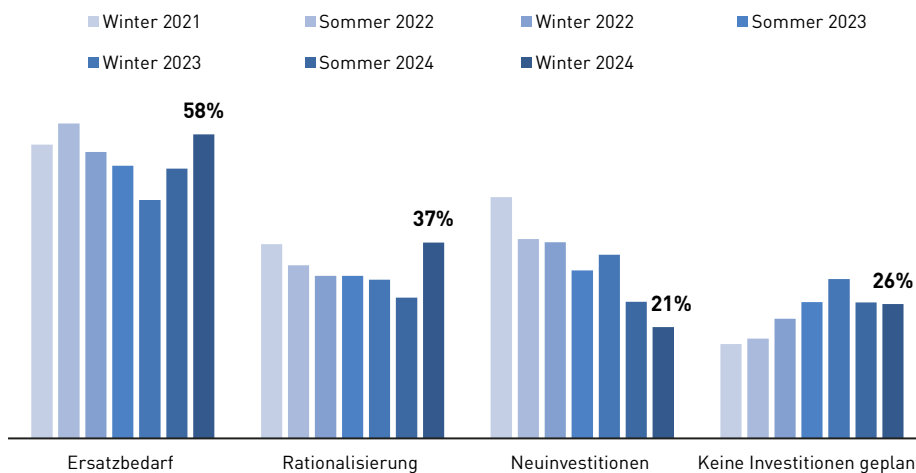
Transformationsprozesse entwickeln sich immer stärker zu zentralen Treibern für Investitionsentscheidungen. Dabei nimmt die **Digitalisierung** eine Schlüsselrolle ein. Mehr als ein Drittel der Unternehmen (35 %), die Neuinvestitionen für das kommende Jahr planen, wollen gezielt in digitale Technologien und Prozesse investieren. An zweiter Stelle der Investitionsschwerpunkte steht der Themenbereich **Innovation** (30 %), der bei der Produkt- und Serviceentwicklungen eine entscheidende Rolle spielt. Knapp dahinter folgen Investitionen in **Ökologie und Nachhaltigkeit**, die in Zeiten von Klimawandel und gesellschaftlichem Wertewandel ebenfalls an Bedeutung gewinnen.

35 % der Neuinvestitionen fließen in digitale Technologien

Ein gutes Viertel der Unternehmen (26 %) – exakt so viele wie im Sommer – plant derzeit gar **keine Investitionen**. Besonders ausgeprägt ist diese Investitionszurückhaltung bei EPU, von denen 60 % in den nächsten Monaten vollständig auf Investitionen verzichten wollen. Bei Kleinbetrieben (bis 49 Mitarbeiter:innen) liegt dieser Anteil immerhin noch bei 37 %. Ein solcher Befund deutet auf anhaltende Verunsicherung und knappe liquide Mittel hin, aber auch darauf, dass einige Unternehmen möglicherweise versuchen, die konjunkturelle Entwicklung zunächst abzuwarten, bevor sie neue Mittel binden.

26 % der Unternehmen planen überhaupt keine Investitionen.

Investitionsmotive im Zeitverlauf
in %, Mehrfachantworten möglich



Anmerkung: Antworten gewichtet nach Anzahl Beschäftigter.

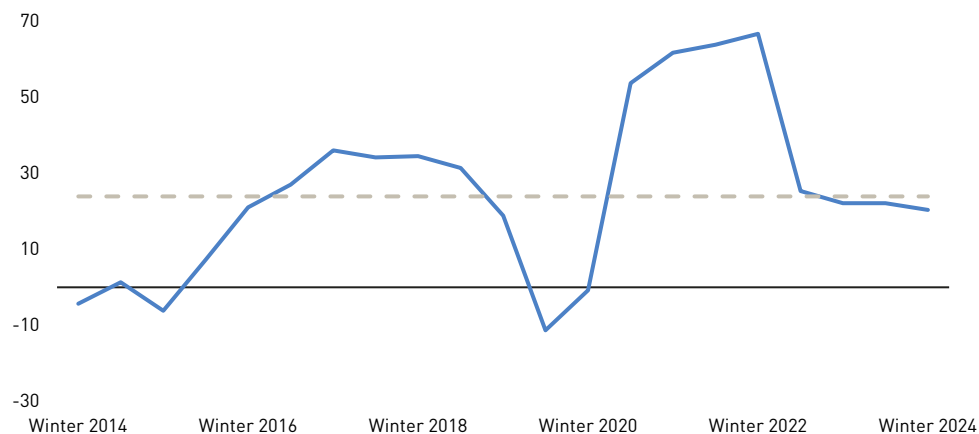
Preise: Löhne und Gehälter als Kostentreiber Nr. 1

Nach einem starken Einbruch im Jahr 2020, bedingt durch die wirtschaftlichen Verwerfungen der COVID-19-Pandemie, ist bei den Preiserwartungen der Unternehmen ein deutlicher Erholungsprozess erkennbar: Aktuell gehen 45 % der Unternehmen von unveränderten Preisen in den nächsten 12 Monaten aus. Dieser Anteil bleibt damit im Vergleich zu den Ergebnissen aus dem WBA im Sommer 2024 nahezu unverändert. Insgesamt erwarten die Unternehmen in den nächsten Monaten keine größeren Schwankungen beim Preisniveau.

Derzeit erwarten die österreichischen Unternehmer:innen keine größeren Schwankungen beim Preisniveau.

Preiserwartungen für die nächsten 12 Monate

Saldo in %-Punkten



Anmerkung: Antworten gewichtet nach Anzahl Beschäftigter.

Vor allem **Großunternehmen** gehen davon aus, dass sich beim Preisniveau in den nächsten Monaten kaum Veränderungen ergeben werden. Lediglich 15 % von ihnen gehen von steigenden Preisen aus. **Kleinbetriebe** hingegen beurteilen die Entwicklung deutlich anders. Hier erwartet jeder zweite Betrieb, dass die Preise anziehen werden – ein klarer Kontrast zu den eher zurückhaltenden und noch stärker im internationalen Wettbewerb stehenden Großunternehmen.

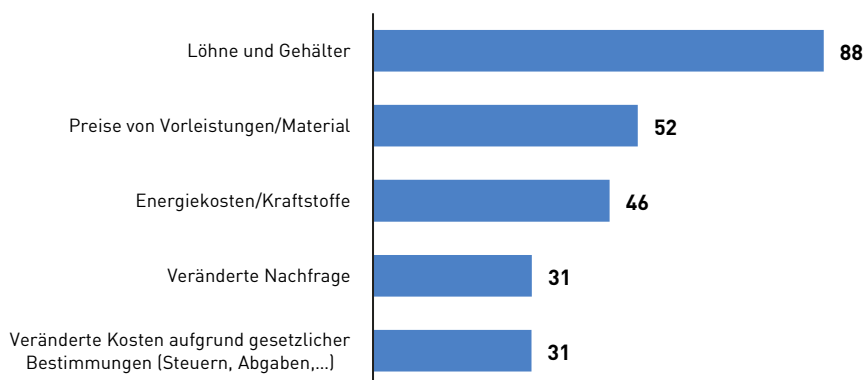
Ein Blick auf die verschiedenen **Sektoren** lässt auf unterschiedliche Branchendynamiken schließen. Insbesondere der Dienstleistungsbereich hat eine deutlich abweichende Sichtweise auf die Preisentwicklung. Mit einem hohen Saldo dominiert hier die Erwartung steigender Preise: 57 % der Dienstleister:innen rechnen in den nächsten zwölf Monaten mit Preisanstiegen, während lediglich 3 % davon ausgehen, dass die Preise sinken könnten.

Am hartnäckigsten erweist sich der Preisdruck im Dienstleistungssektor.

Ein zentraler Treiber hinter den Preissteigerungen ist für viele Unternehmen die Kostenentwicklung bei Löhnen und Gehältern, bedingt durch die besonders hohen Anstiege der Tariflöhne in den vergangenen Jahren. 88 % nennen die gestiegenen Personalkosten als Hauptgrund für zukünftig höhere Preise. Bei kleinen Unternehmen liegt dieser Anteil sogar bei 90 %.

Aus welchem Grund werden Sie Ihre Preise ändern?

Top 5 Antworten, in %, Mehrfachantworten möglich



Anmerkung: Antworten gewichtet nach Anzahl Beschäftigter

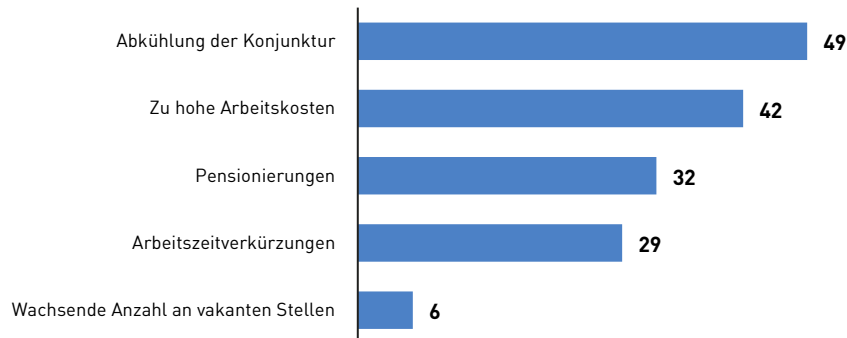
88 % der Unternehmen nennen gestiegene Löhne als Hauptgrund für Preissteigerungen

Beschäftigung: Arbeitskosten schlagen sich auf Personalstand nieder

Rund die Hälfte aller Betriebe geht davon aus, den derzeitigen Beschäftigtenstand in den kommenden zwölf Monaten stabil halten zu können. Demgegenüber steht ein Drittel der Unternehmen, das damit rechnet, Personal abbauen zu müssen. Bei der Frage nach den Ursachen für einen möglichen Stellenabbau wird unmittelbar nach dem konjunkturellen Abschwung der zunehmende Kostendruck als zentrales Problem genannt – eine Kombination, die sich mit Blick auf die jüngsten Personalfreistellungen für viele Unternehmen nicht mehr länger betriebswirtschaftlich abbilden lässt.

Aus welchem Grund sinkt die Beschäftigung in Ihrem Unternehmen?

Top 5 Antworten, in %, Mehrfachantworten möglich



Anmerkung: Antworten gewichtet nach Anzahl Beschäftigter.

Während der Arbeitsmarkt bislang erstaunlich unbeschadet durch die Corona-Pandemie und die Energiepreiskrise gekommen ist, zeigt sich die aktuelle konjunkturelle Schwäche zunehmend in den Beschäftigungsplänen, insbesondere bei KMU.

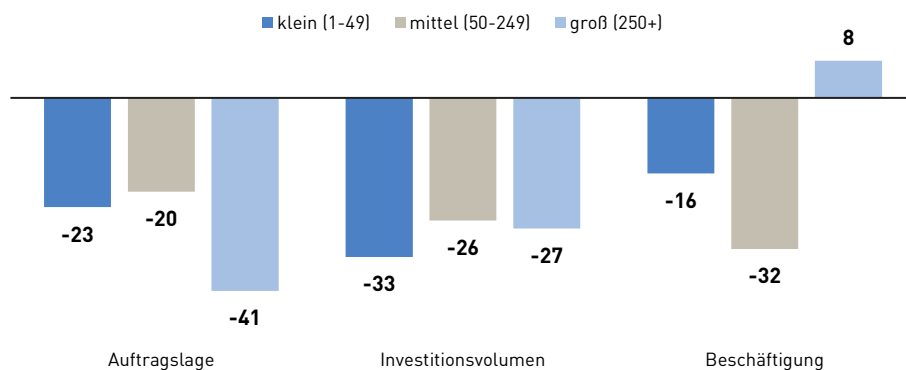
Im Gegensatz dazu verzeichnen Großunternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten per Saldo weiterhin positive Beschäftigungserwartungen. Rund ein Drittel der befragten Großunternehmen plant, den Beschäftigtenstand in den kommenden Monaten stabil zu halten – und das, obwohl die Einschätzung der Auftragslage in dieser Größenklasse im Vergleich besonders negativ ausfällt. Dies deutet darauf hin, dass gerade große Unternehmen verstärkt bemüht sind, ihr bestehendes Personal angesichts des wachsenden Fachkräftemangels zu halten („Labour Hoarding“). Selbst vor dem Hintergrund einer schwachen Auftragslage und eines unsicheren wirtschaftlichen Umfelds scheint die langfristige Sicherung von Fachkräften für diese Unternehmen oberste Priorität zu haben.

Trotz schwieriger Wirtschaftslage sind große Unternehmen angesichts des Fachkräftemangels bemüht, ihr bestehendes Personal zu halten.

Die Ergebnisse unterstreichen den anhaltenden Spagat, mit dem viele Unternehmen konfrontiert sind: Einerseits müssen sie auf konjunkturelle Unsicherheiten reagieren, andererseits bleibt der Arbeitskräftemangel ein dominierender Faktor, der die Personalentscheidungen maßgeblich beeinflusst. Vor diesem Hintergrund sind ein Anstieg der Arbeitslosenrate und ein sich intensivierender Mangel an Arbeitskräften kein Widerspruch.

Erwartungsindikatoren nach Größenklassen

Salden aus positiven und negativen Antworten



Anmerkung: Antworten gewichtet nach Anzahl Beschäftigter.

Ein Vergleich der Wirtschaftssektoren zeigt, dass insbesondere jene Bereiche, die stark von der konjunkturellen Flaute betroffen sind, einen Rückgang des Personalstands befürchten. In der **Bauwirtschaft** erwartet mehr als jeder dritte Betrieb, in den kommenden Monaten Personal abbauen zu müssen. Der Saldo der Antworten liegt mit minus 25 deutlich im negativen Bereich, was die angespannte Lage in dieser Branche unterstreicht. Rund 80 % der befragten Unternehmen im Bauwesen nennen die abgekühlte Konjunktur als Hauptursache für die geplante Reduktion des Personalstands.

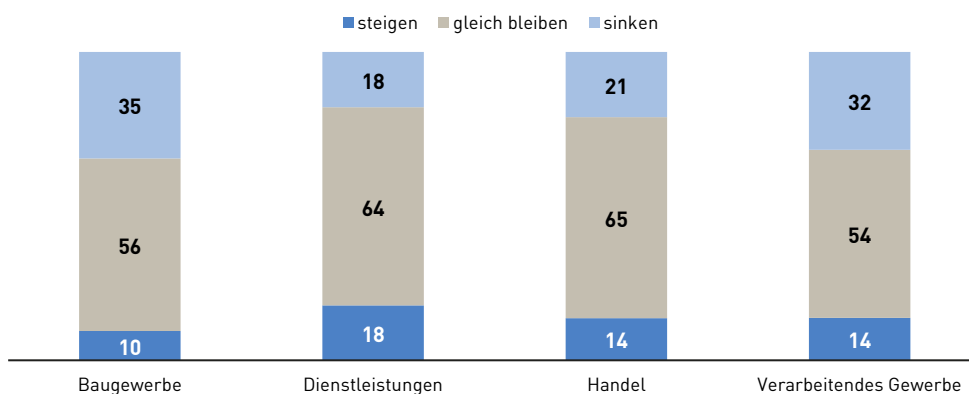
Mehr als **1/3** der Bauunternehmen geht davon aus, in den kommenden Monaten Personal abbauen zu müssen.

Auch im **Verarbeitenden Gewerbe** dominieren pessimistische Erwartungen zur Beschäftigungsentwicklung. Hier führen sogar 84 % der Unternehmen den geplanten Personalabbau auf die schwächelnde Konjunktur zurück. Die Branche unterliegt darüber hinaus auch einer zunehmenden strukturellen Belastung, bedingt durch einen langfristigen Anstieg der angebotsseitigen Kosten, insbesondere für Energie und Arbeit.

Zwei Drittel der **Dienstleistungsbetriebe** rechnen in den nächsten 12 Monaten mit einer stabilen Beschäftigung.

Beschäftigungserwartungen nach Sektoren

in %



Anmerkung: Antworten gewichtet nach Anzahl Beschäftigter.

Fokusthema: Wachstum

Kostendruck ist stärkste Wachstumsbremse

Österreich befindet sich mittlerweile im zweiten Rezessionsjahr in Folge. Traditionelle Wachstumstreiber der heimischen Wirtschaft, wie die Konsumnachfrage oder ein anziehendes Exportgeschäft haben bisher nicht zum erhofften Aufschwung geführt. Die Ergebnisse der aktuellen WBA-Sonderbefragung zum Themenbereich „Wachstum“ zeigen deutlich, welche Herausforderungen Unternehmen aktuell am meisten belasten.

Ganz oben auf der Liste der Wachstumshemmnisse stehen die **Arbeitskosten**: Für 78 % der Betriebe stellen sie das größte Hindernis dar. Diese Belastung wird insbesondere durch die rasant ansteigenden Löhne und Gehälter sowie den allgemeinen Mangel an Arbeitskräften angetrieben.

Auf Platz zwei folgt die schwache **Nachfrage**, die 69 % der Unternehmen als Wachstumsbremse ansehen. Die abgekühlte Konjunktur, eine anhaltende Konsumzurückhaltung und ein schwächelndes Auslandsgeschäft schlagen sich zusehend negativ in den Auftragsbüchern nieder.

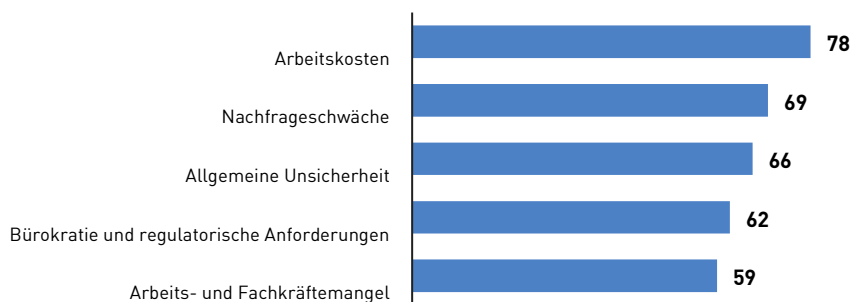
Ein zentrales Problem, das sich sowohl auf Investitionen als auch den Konsum negativ auswirkt, ist die **allgemeine Unsicherheit**, die 66 % der Befragten als wachstumshemmend bewerten. Geopolitische Spannungen, Unklarheiten über die politische Zukunft in Österreich und bei wichtigen Handelspartnern (z.B. Deutschland und Frankreich) sowie die unübersichtlichen Dynamiken der digitalen und grünen Transformation tragen wesentlich zu diesem Faktor bei.

Auch die **Bürokratie** und regulatorische Anforderungen machen vielen Unternehmen zu schaffen: Für 62 % der Betriebe stellen sie ein erhebliches Hindernis dar. Komplexe Vorschriften und aufwendige Prozesse erschweren es den Unternehmen, flexibel und effizient zu agieren.

Schließlich nennen 59 % der Befragten den **Arbeits- und Fachkräftemangel** als bedeutendes Wachstumshemmnis. Diese Zahl verdeutlicht, dass viele Betriebe Schwierigkeiten haben, qualifiziertes Personal zu finden, was langfristig die Wettbewerbsfähigkeit gefährden könnte.

Welche der folgenden Themen stellen für Ihr Unternehmen die größten Wachstumshemmnisse in den kommenden 12 Monaten dar?

Top 5, in %, Mehrfachantworten möglich



Anmerkung: Antworten gewichtet nach Anzahl Beschäftigter.

78 % der Unternehmen sehen **Arbeitskosten als Hauptwachstumsbremse.**

Bürokratieabbau gefordert:
62 % der Betriebe sehen regulatorische Hürden als **Wachstumsblockade**

Durch Entlastungen zurück auf den Wachstumspfad

Die Umfrageergebnisse zeigen ein klares Bild, welche Maßnahmen aus Sicht der befragten Unternehmen am besten dazu geeignet sind, das wirtschaftliche Wachstum wieder anzukurbeln. Ganz oben auf der Prioritätenliste steht die **Senkung der Lohnnebenkosten**, die von 93 % der Befragten als essenziell eingestuft wird. Eine spürbare Reduzierung der Lohnnebenkosten würde die Wettbewerbsfähigkeit erhöhen und Spielraum für Neueinstellungen schaffen.

An zweiter Stelle steht der Wunsch nach **mehr Leistungsanreizen im Steuersystem**, etwa durch Maßnahmen, die Vollzeitarbeit attraktiver machen. Dies halten 68 % der Unternehmen für wichtig, um die Ausweitung der Arbeitsstunden zu forcieren und damit die Wirtschaft anzukurbeln. An diesem Ergebnis wird abermals deutlich, wie sehr der Arbeits- und Fachkräftemangel die Unternehmer:innen nach wie vor in Expansionsentscheidungen blockiert.

Steuerliche Entlastungen für Unternehmen, wie die Senkung der Unternehmenssteuern, werden von 60 % der Betriebe als zentral angesehen. Diese Maßnahme trägt zur nachhaltigen Entlastung österreichischer Unternehmen, zur Stärkung ihrer Eigenkapitalausstattung und zu steigender Attraktivität für internationale Betriebsansiedelungen bei. Sie würde Unternehmen mehr finanzielle Flexibilität erlauben und Investitionen erleichtern.

Auch eine **wirtschaftsfreundliche Gestaltung der EU-rechtlichen Rahmenbedingungen** wird von 55 % der Unternehmen als notwendig erachtet. Überbordende Bürokratie und ausufernde Regulierung stellen eine immense Belastung für Unternehmen dar und wirken sich negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts aus. Die Umfrageergebnisse unterstreichen den Wunsch nach weniger regulatorischen Hürden und mehr Flexibilität auf europäischer Ebene.

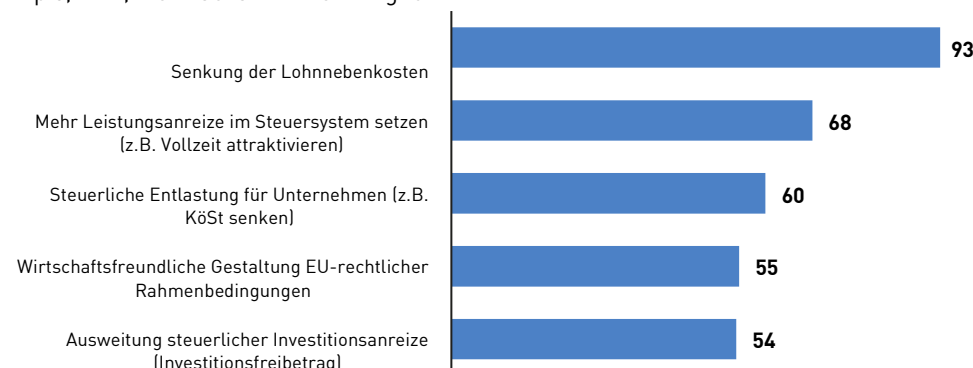
Auch **stärkere steuerliche Investitionsanreize**, wie beispielsweise eine Ausweitung des Investitionsfreibetrags, würde aus Sicht der österreichischen Unternehmen die Wachstumsbremse lösen. 54 % der Betriebe sehen darin eine Möglichkeit, Investitionen in Innovationen und Wachstum zu fördern. Investitionen sind nicht nur ein wichtiger Wachstumstreiber, sie schaffen auch die Voraussetzung für das langfristige Wachstumspotenzial einer Volkswirtschaft und sind die Basis für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit.

93 % fordern eine **Senkung der Lohnnebenkosten für mehr Wettbewerbsfähigkeit.**

Investitionen stärken: 54 % sehen steuerliche Anreize als Wachstumshebel.

Welche Maßnahmen sind aus der Sicht Ihres Unternehmens notwendig, um das wirtschaftliche Wachstum anzukurbeln?

Top 5, in %, Mehrfachantworten möglich



Anmerkung: Antworten gewichtet nach Anzahl Beschäftigter.

FAZIT: Der WKÖ Wirtschaftsbarometer für Winter 2024 zeichnet ein klares Bild: Angesichts der schwierigen konjunkturellen und strukturellen Lage der österreichischen Wirtschaft und der allgemeinen Unsicherheit wird insbesondere der hohe Kostendruck, dem die heimischen Betriebe ausgesetzt sind, zunehmend zur Belastungsprobe. Insbesondere die überdurchschnittlich hohen Arbeitskosten erweisen sich als langfristiges Wachstumshemmnis und könnten die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Österreich langfristig gefährden. Eine spürbare Senkung der Lohnnebenkosten und mehr Leistungsanreize im Steuersystem erscheinen daher dringlicher denn je. Gleichzeitig sind gezielte Investitionsanreize notwendig, um die wirtschaftliche Dynamik anzukurbeln und das langfristige Wachstumspotenzial zu erhöhen.



Weitere
Publikationen
finden Sie auf
unserer Webseite!

Medieninhaber/Herausgeber:
Wirtschaftskammer Österreich
Abteilung für Wirtschaftspolitik
Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien
wp@wko.at, wko.at/wp, Tel: +43 5 90 900 | 4401

Abteilungsleitung:
MMag. Claudia Huber

Chefredaktion:
Thomas Eibl

Autor/Ansprechpartner:
Petra Medek,
petra.medek@wko.at
Peter Obinger,
peter.obinger@wko.at
[13. Dezember 2024](#)